



INSBESONDERE AN GRUND- UND FÖRDERSCHULEN FEHLEN LEHRERINNEN UND LEHRER

LEHRERMANGEL ALS HAUSGEMACHTES PROBLEM

Den eklatanten Lehrermangel in Hessen hat die SPD-Fraktion im Landtag thematisiert. Dieser Mangel sei keine Überraschung, sondern ein koalitions-gemachtes Problem, sagte der bildungspoliti-

Kapazitäten für Aus- und Weiterbildung gefordert. Selbst das Kultusministerium habe in der Antwort auf eine Große Anfrage der SPD bereits 2015 zugeben müssen, dass vor allem an beruflichen Schulen und Förderschulen ein Lehrermangel herrsche und ebenfalls erhöhte Bedarfe für Grundschulen prognostiziert. „Die Landesregierung hätte daher auf Vorschläge der Opposition eingehen können, statt sie rundweg abzulehnen.“

Degen plädierte für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für hessische Lehrkräfte, um für junge Leute die Aufnahme eines Lehramtsstudiums wieder attraktiv zu machen. Lehrkräfte an Grundschulen hätten die höchste Unterrichtsverpflichtung, verdienten jedoch weniger als die Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulformen. „Mit dieser Ungleichbehandlung muss Schluss sein.“



sche Sprecher **Christoph Degen**. „Statt Brandbriefe von Schulkollegen ernst zu nehmen und darauf zu reagieren, versucht Schwarz-Grün, die Probleme auszusitzen. Versäumnisse schön zu reden, ist keine Lösung.“ Die SPD habe ständig auf das Problem hingewiesen und höhere

KOALITION OHNE KLARE LINIE

Welche Linie die schwarz-grüne Koalition im Hinblick auf die umstrittenen Abschiebungen nach Afghanistan verfolgt, blieb auch nach der dritten Debatte zu diesem Thema unklar. Innenminister Beuth und der Sprecher der Grünen-Fraktion sendeten unterschiedliche Signale aus, die auf erhebliche Differenzen im Regierungslager



„Mit Blick auf (...) Afghanistan möchte UNHCR anmerken, dass UNHCR aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage bei der Feststellung internationalen Schutzbedarfs selbst keine Unterscheidung von „sicheren“ und „unsicheren“ Gebieten vornimmt.“

UNHCR-Bericht Dezember 2016

schließen lassen. Die SPD hatte gefordert, Abschiebungen in das von Krieg und Terror gebeutelte Land für drei Monate auszusetzen und damit dem Beispiel einiger rot-grün regierter Länder zu folgen. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion **Günter Rudolph** sagte, dass Afghanistan kein sicheres Land sei. Jetzt erwartet die SPD-Fraktion im Innenausschuss Aufklärung über die Haltung der Landesregierung. „Eine Arbeitsteilung, bei der die Grünen einen angeblich faktischen Abschiebestopp verkünden und der Innenminister das Gegenteil tut, lassen wir nicht durchgehen.“

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

LANDTAG AN DER SEITE DER OPELANER

Die geplante Übernahme von Opel durch den französischen Automobilkonzern PSA Peugeot/Citroën kann aus Sicht von **Thorsten Schäfer-Gümbel** ein neues Kapitel der europäischen Industriepolitik eröffnen. „Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, dann kann der Zusammenschluss PSA/Opel eine echte Chance und zu einem guten Beispiel für europäische Industriekooperationen werden.“ Er kritisierte den Opel-Mutterkonzern General Motors (GM) für seinen Umgang mit den Beschäftigten, den Gewerkschaften und Betriebsräten. „Wir warnen GM davor, sich still und leise aus bestehenden Verpflichtungen zu verabschieden. Immerhin geht es europaweit um mehr als 40.000 Beschäftigte. Deshalb wollen auch keinen Standortwettbewerb zwischen den europäischen Standorten.“

FAMILIEN ENTLASTEN

Auf die wachsenden Kosten für die Kinderbetreuung und deswegen landauf, landab steigende Kindergartenbeiträge hat **Gerhard Merz** hingewiesen. „Die Kosten für Kinderbetreuung lagen 2015 landesweit bei 2,14 Milliarden Euro. Sie haben sich in den vergangenen Jahren aufgrund gestiegener Anforderungen mehr als verdoppelt“, sagte Merz. Die Landesförderung stagniere real bei unter 20 Prozent. „Insbesondere finanzschwächere Kommunen geben diesen Kostendruck über steigende Kita-Beiträge an die Eltern weiter.“ Merz erneuerte die Forderung der SPD, den Kita-Besuch schrittweise beitragsfrei zu stellen.



FOTO: GERT-UWE MENDE

MIT DEM NEUEN OPEL AMPERA WILL DER RÜSSELSHEIMER AUTOBAUER EIN ALLTAGSTAUGLICHES E-MOBIL MIT AUSREICHENDER REICHWEITE AUF DEN MARKT BRINGEN. AM RANDE DER PLENARSITZUNG INFORMIERTEN SICH NANCY FAESER, THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL UND DER WIESBADENER OBERBÜRGERMEISTER SVEN GERICH ÜBER DAS NAGELNEUE MODELL.

CITYBAHN FÜR WIESBADEN



Außer der FDP stehen alle Parteien im Landtag zu dem Projekt, mit einer Citybahn auch in Wiesbaden endlich ein modernes, leistungsfähiges und ökologisches Nahverkehrssystem aufzubauen. Der Wiesbadener Abgeordnete **Ernst-Ewald Roth**

sagte dazu: „Im Jahr 2001 haben im Stadtparlament die FDP gemeinsam mit der CDU und den Republikanern die Stadtbahn abgelehnt. 2013 scheiterte das Projekt der Regiobahn am Widerstand des damaligen Verkehrsminister Florian Rentsch (FDP). Wir begrüßen die jetzige Initiative zur Citybahn und freuen uns über die Unterstützung durch den Hesseischen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir.“

WIRKSAME REGELUNGEN NÖTIG

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Lisa Gnadl fordert als Konsequenz aus den bestehenden geschlechtsspezifischen Unterschieden im Arbeitsleben verbindliche, gesetzliche Regeln. Die seit 1949 verfassungsrechtlich garantierte



Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist noch immer nicht gesellschaftliche Realität. Das zeigt uns auch die jüngste OECD-Studie, wonach in Deutschland noch immer das Modell des männlichen Alleinverdieners vorherrschend ist, Frauen oft unfreiwillig nur in Teilzeit arbeiten können und damit einem erhöhten Armutsrisiko im Alter und im Falle einer Scheidung ausgesetzt sind.“

KOALITION BUNKERT GELD FÜR WAHLGESCHENKE

Um die dringend erforderlichen Investitionen in Straßen, Schulen, die Breitbandversorgung und den Wohnungsbau sofort beginnen zu können, fordert die SPD-Landtagsfraktion einen Nachtragshaushalt für 2017. Der biete zusätzlich die Möglichkeit, die Eltern in Hessen von Kita-Gebühren zu entlasten und die Beamtinnen und Beamten des Landes wieder angemessen zu besolden.



All das sei angesichts der hervorragenden Finanzlage des Landes möglich, ohne die Vorgaben der Schuldenbremse zu verfehlen,

sagte der finanzpolitische Sprecher Norbert Schmitt. Trotz Rekorderlösen bunkere die schwarz-grüne Landesregierung 379 Millionen Euro in einer nicht zweckgebundenen Rücklage.

„Ende des Jahres werden sich die allgemeinen Rücklagen des Landes auf fast eine Milliarde Euro summieren. Und es ist offensichtlich, dass diese Mittel für Renommierprojekte und Wahlgeschenke im nächsten Jahr reserviert sind“, sagte Norbert Schmitt. „Zu den Impulsen, Ideen und Investitionen, die unser Land braucht, sind CDU und Grüne schlicht nicht in der Lage. Hessen hat Besseres verdient.“

ENDLICH WIEDER INVESTIEREN:

Die SPD fordert, mit einem Nachtragshaushalt folgende Punkte zu finanzieren:

- ▶ 100 Millionen Euro für die Entlastung der Eltern von den Kitagebühren
- ▶ 50 Millionen Euro für Schulsanierung und Schulbau
- ▶ 39 Millionen Euro für die Instandhaltung der Landesstraßen
- ▶ 50 Millionen für den Neubau von bezahlbarem Wohnraum
- ▶ Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten

GUTE PFLEGE DURCH HOHE STANDARDS

In der Landtagsdebatte zu den Arbeitsbedingungen in hessischen Krankenhäusern hat **Dr. Daniela Sommer** eine bessere Unterstützung

der in dem Pflegebereich Tätigen gefordert: „Pflegekräfte leisten täglich wertvolle Arbeit. Dafür brauchen sie Zeit und personelle Ressourcen, um den Ansprüchen einer qualitativen Pflege gerecht zu werden.“

Die SPD-Landtagsfraktion setze sich seit langem für eine gute Patientenversorgung durch gute und sichere Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern ein. Personalabbau, der



die Beschäftigten überfordere und damit Patienten gefährde, lehne die SPD ab. „Untersuchungen weisen darauf hin, dass die Todesrate in Krankenhäusern mit besonders wenigen Pflegekräften höher ist als in gut ausgestatteten Kliniken. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass hier nicht gespart wird.“ Die SPD fordere die Einführung verbindlicher, gesetzlicher Personalmindeststandards für Krankenhäuser, damit eine Patientengefährdung durch Personalmangel oder -überforderung ausgeschlossen werden könne.

IDEOLOGISCHE VERBOHRTHEIT

Die Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) hat Günter Rudolph gefordert. „15 von 16 Bundesländern haben sich in der Tarifgemeinschaft der Länder zusammengeschlossen,



um über die Gehaltsentwicklung sowie die Arbeitsbedingungen für Ihre Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu verhandeln. Nur Hessen ist aus ideologischer Verbohrtheit vor vielen Jahren aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten. Für den hessischen Sonderweg gibt es keine sachliche Begründung und keine Notwendigkeit“, sagte Rudolph. „Wer qualifizierte Mitarbeiter im öffentlichen Dienst haben will, muss sie auch angemessen bezahlen.“

POLIZEI: ERFOLGE TROTZ SCHLECHTER BEDINGUNGEN

Die positiven Entwicklungen der aktuellen Kriminalstatistik dürfen aus Sicht der innenpolitischen Sprecherin **Nancy Faeser** nicht über die schlechten Arbeitsbedingungen bei der hessischen Polizei hinwegtäuschen.

„Wir begrüßen, dass die Aufklärungsquote sich po-



sitiv entwickelt. Unsere hessische Polizei sorgt dafür, dass wir alle in relativ großer Sicherheit leben können. Ich danke ich allen

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die mit großem Einsatz einen ausgezeichneten Job machen – obwohl ihre Arbeitsbedingungen teilweise längst nicht mehr zumutbar sind. Die Ignoranz der Landesregierung gegenüber dem, was die Polizei braucht und verdient, gleichen unsere Beamtinnen und Beamten mit persönlichem Engagement aus“, sagte Faeser.



In einer Regierungserklärung zur Kriminalitätsstatistik kein Wort über die Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit

in Hessen zu verlieren, sei schon eine ganz spezielle Leistung von Innenminister Beuth. „Aber was soll er auch sagen? Schließlich haben die CDU-geführten Landesregierungen seit 2001 über 1000 Stellen bei der hessischen Polizei gestrichen. Sie haben die Beamtinnen und Beamten mit einer Nullrunde und Ein-Prozent-Erhöhungen der Besoldung seit nunmehr drei Jahren von der allgemeinen Entwicklung der Einkommen abgekoppelt. Sie haben die 42-Stunden-Woche eingeführt, das Weihnachtsgeld gekürzt und das Urlaubsgeld gestrichen“, kritisierte Faeser.

CHANCEN IN GEFAHR

Der Forderung von Linken und Grünen nach einer Herabstufung des Airports Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz ist die SPD-Landtagsabgeordnete **Brigitte Hofmeyer** energisch entgegen getreten.



„Diese Parolen schaden den Chancen des nordhessischen Flughafens und des Gewerbegebiets in Caldén. Das gezielte Schlechtreden ist genauso kontraproduktiv wie der von CDU und Grünen im Koalitionsvertrag aufgebaute Zeit- und Kostendruck. Beides schränkt die Entwicklungspotentiale ein.“ Aktuell rund 800 Arbeitsplätze in 20 Unternehmen, sowie circa 2.200 indirekte Arbeitsplätze und eine Bruttowertschöpfung von 45 Millionen Euro belegten den volkswirtschaftlichen Nutzen. „Eine Rückstufung kann keine Verbesserung im Betriebsergebnis bringen“, ist Hofmeyer überzeugt. Sie forderte vielmehr bessere Rahmenbedingungen für Flughafen und Gewerbeansiedlung.

FORSCHUNGSPROJEKT MIT HAKEN

Die Gründung des „Forschungscampus Mittelhessen“ hat die SPD-Hochschulpolitikerin **Handan Özgüven** als gutes Hochschulprojekt bezeichnet, das allerdings „Haken und Ösen“ habe.



„Mit dem Forschungscampus haben die drei mittelhessischen Hochschulen einen bedeutenden

Grundstein gelegt, um die Forschung in Mittelhessen endlich voranzubringen. Die Mittel, die für den Forschungscampus zur Verfügung stehen, ermöglichen aber lediglich eine Anschubfinanzierung für gemeinsame Verbundforschungsinitiativen.“ Als grundlegendes Problem nannte Özgüven die auf Wettbewerb ausgerichtete Finanzierungsstruktur der Hochschulen, die sich ändern müsse.

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen

Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Redaktion:

Gert-Uwe Mende

(verantwortlich)

Gerfried Zluga-Buck

Christoph Gehring

Martina Häusel-David

Valeska Fuhr